

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abdruck von Zitaten irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß dessen Gehaltes, bei der Begehr der Dresdner Volksgenossen keinen Anspruch auf Rückvergütung bei Verlagsstellen oder auf Rücklieferung, bei Fernung.

Verlagspreis: 1.00
Einzelheft: 0.15
Abonnement: 1.50

Verlagspreis: 1.00
Einzelheft: 0.15
Abonnement: 1.50

Verlagspreis: 1.00
Einzelheft: 0.15
Abonnement: 1.50

Nr. 267

Dresden, Montag, den 16. November 1931

42. Jahrgang

Friede durch Arbeit

Europäisches Arbeitsbeschaffungsprogramm

Das Programm zur Durchführung öffentlicher Arbeiten, das vom Internationalen Arbeitsamt in Genf im Rahmen seiner Bestrebungen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit aufgestellt wurde, war vor nicht allzulanger Zeit heftig umstritten. Inzwischen ist aus manchem Saufus ein Paulus geworden. Der bittere Nohn, mit dem auch in Deutschland das Programm von Albert Thomas, insbesondere in der industriellen Presse, aufgenommen worden war, ist einer jochlichen Würdigung gewichen. Die Ausschüsse des Völkerbundes und der Europa-Union haben sich bereits eingehend mit diesem Programm befaßt. Mit besonderem Nachdruck hat sich jedoch der Internationale Gewerkschaftsbund auf seiner Vorstandssitzung in Berlin für die Durchführung großer internationaler öffentlicher Arbeiten eingesetzt, und auch der deutsch-französische Wirtschaftsausschuss wird das Programm des I.A.A. zu einem der Gegenstände seiner Beratungen machen.

Das Programm, das sich auf die Anbahnung verschiedener europäischer Regierungen stützt, die dem Direktor des Internationalen Arbeitsamts auf seinen Wunsch übermittelt wurden, sieht die Ausführung bestimmter Arbeiten vor für Deutschland, Österreich, Belgien, Bulgarien, Estland, Spanien, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien, die Tschechoslowakei und die Türkei. Die Vorschläge erstrecken sich in erster Linie auf den Ausbau der Eisenbahnen, die Elektrifizierung, auf Meliorationsarbeiten, Eisenbahnlinien, Kanal- und Bewässerungsanlagen usw.

Von Deutschland sind vorgeschlagen worden: **Wegbauten, ein Ausbau des Elektrizitätsnetzes und Meliorationsarbeiten im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark.** Nach dem Vorschlag der deutschen Regierung dürfte das Programm vier bis fünf Millionen Arbeitsstage schaffen.

Der österreichische Plan, der u. a. Kanalbauarbeiten der Donau vorsieht, die bei einer Gesamtausgabe von 620 bis 630 Millionen Schilling im Laufe von zehn Jahren 10 000 Arbeiter ständige Arbeit schaffen würden, erstreckt sich außerdem auf den Ausbau eines internationalen Wegeneetzes und eines internationalen Elektrizitätsnetzes. Unter den wichtigen Plänen der anderen Regierungen ist zu erwähnen der Plan Litauens, der den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Rensal und der IJZEM vorsieht, der Plan der Tschechoslowakei, der u. a. einen Kanalbau zwischen der Elbe, der Donau und der Oder einschließt, ferner ein polnischer Plan, der für die Dauer von 20 Jahren den Bau von 40 000 Kleinwohnungshäusern je Jahr vorsieht. Eine ganze Anzahl von Regierungen erhebt in ihren Plänen die Errichtung eines europäischen Wegeneetzes sowie andere Arbeiten größeren internationalen Ausmaßes.

Der Europa-Ausschuss hat bereits im Oktober beschlossen, die Regierungen um konkrete Vorschläge zur Durchführung dieser öffentlichen Arbeiten zu befragen.

Der Haupteinwand gegen das europäische Arbeitsbeschaffungsprogramm lautet immer wieder, daß es vor allem darauf ankomme, das erforderliche Geld zu beschaffen. Woher das Geld? Seine Beschaffung liegt in der Hand der Finanzmächte. Selbst wenn man das Programm auf 10 bis 15 Milliarden veranschlagt, wäre dies nur ein Bruchteil des heute brachliegenden Kapitals. Anstatt der Tatsache, daß alle Aktienwerte weit unter dem Marktwert stehen, daß die ungeheuer gesunkenen Preise heute keinen Anreiz und auch keine Möglichkeit zur Investierung dieser Kapitalien in der Privatwirtschaft bieten.

bleibt die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten auch von der Geldseite her die einzige Möglichkeit zur Überwindung des toten Punktes.

Dazu käme dann noch die politische Bedeutung dieser Arbeiten. Albert Thomas sagt darüber bereits in seiner ersten Denkschrift zu dieser Frage: „Mit es übrigens nicht auffallend, daß dieser Gedanke der Ausführung großer internationaler Arbeiten alle jene Geister beschäftigt hat, die seit einem Jahrhundert von einem geeinten Europa träumen haben? Schon Saint-Simon spricht in seiner berühmten Denkschrift von 1815 davon, und noch kürzlich ist der amerikanische Ingenieur Danne Heinemann darauf zurückgekommen, indem er zeigte, wie, dem Beispiel der Vereinigten Staaten entsprechend, Europa nur dann zu ausreichenden und gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen kann, wenn es keine Wege des internationalen Austausches, das Straßenetz und die Eisenbahnen, weiter ausbaut.“

Ein neues Europa, ein friedliches, ein geeintes Europa - nur durch gemeinsame Arbeit wird es gebaut.

Die Wahlen in Sessen

Selbstmord des Bürgertums

Die bürgerlichen Wähler rennen zu Hitler Große Gewinne der Nazis und Kommunisten

Darmstadt, 16. November. (Fig. FunkSpruch.) Unter großer Wahlbeteiligung fanden gestern die heftigsten Landtagswahlen statt. Es erhielten Stimmen:

- Sozialdemokraten 168 298 (letzte Reichstagswahlen 216 747).
- Zentrum 112 440 (104 246).
- RPD. 106 775 (84 515).
- Kommunistische Opposition 14 054 (—).
- Deutsche Volkspartei 18 825.
- Deutsche Staatspartei 10 793 (38 529).
- Wahlvereinsdemokraten 4517.
- Christlichsozialer Volksdienst 16 712 (19 036).
- Volksrechtspartei 1789 (4702).
- Deutsches Landvolk 20 768 (57 575).
- Deutschnationale 10 857 (11 902).
- Sozialistische Arbeiterpartei 8170.
- Nationalsozialisten 291 189 (137 931).

Die Mandate im neuen Landtag verteilen sich wie folgt: SPD. 15, Zentrum 10, Kommunisten 10, Kommunistische Parteiopposition 1, Deutsche Volkspartei 1, Deutsche Staatspartei 1, Christlichsozialer Volksdienst 1, Deutsches Landvolk 2, Deutschnationale 1, Sozialistische Arbeiterpartei 1, Nationalsozialisten 27. Die heftigsten Wahlen beanspruchten deshalb größere Aufmerksamkeit als die vorhergegangenen Teilerwahlen, weil die Wählerschaft des Landes Sessen in ihrer Verteilung der Parteien ein getreueres Bild der Wählerschaft des Reiches gibt als Somburg und Westfalen. In Sessen hat das Zentrum eine starke Stellung. Es wurde bei diesen Wahlen zum erstenmal die Probe gemacht, wie das Zentrum in der gegenwärtigen Situation abscheidet.

Das Ergebnis hat im wesentlichen das Bild bestätigt, das die letzten Wahlen geboten haben; Verluste der Sozialdemokratie, Gewinne von Kommunisten und Nationalsozialisten, Zerbreitung der bürgerlichen Parteien. Auch bei dieser Wahl ist der Einbruch der Nationalsozialisten in die

marxistische Front nicht gelungen. Die Verluste der Sozialdemokratie, die etwa 20 Prozent betragen, sind ziemlich genau aufgezogen durch die Stimmengewinne der Kommunisten und der Stimmen, die auf die Splitter-Kommunistischer Opposition und S.P. fielen. Diese Splittergruppen, denen eine selbständige Bedeutung nicht zukommt, schwächen lediglich die großen Parteien. (Die S.P. bringt den einen Kandidaten nur mit den Brandlerschen Reststimmen durch, da Vorkandidat mit der S.P. bestand.) Die Sinnlosigkeit der Spalterei tritt ganz besonders stark zutage angesichts der Sammlung des Bürgertums hinter den Hakenkreuzfahnen. Die gewaltige Agitation, die die Nationalsozialisten auch in Sessen entfaltet haben, hat nicht verfehlt, Breche in die Arbeiterparteien zu schlagen. Sie hat auch hier lediglich zu Verschiebungen innerhalb der bürgerlichen Front geführt, allerdings zu einer gewaltigen Verschiebung.

Die SPD. war in Sessen in einer besonders schweren Situation. Sie war an der heftigsten Regierung beteiligt und hatte bei den letzten Reichstagswahlen einen schweren Zweifrontenkampf zu führen; sie verfügte in Sessen nur über eine relativ schwache Parteiorganisation. Nach der Wahl mußten wir mit verstärkter Kraft am Ausbau der Organisation arbeiten.

Das Zentrum hat sich behauptet. Es hat seine Stimmen ziemlich genau im Verhältnis zur Steigerung der Wahlbeteiligung erhöht. Auch hier ist den Nationalsozialisten ein Einbruch nicht gelungen, obgleich auch gegen das Zentrum eine überaus heftige Agitation geführt wurde.

Um so größer erscheint der Einbruch in die übrigen bürgerlichen Parteien. Die Volkspartei verlor gegenüber den Reichstagswahlen zwei Drittel ihrer Stimmen, was besonders schmerzhaft für den Darmstädter Dingeldey ist.

Die umkämpfte Nonnibrücke

Wieder von Japanern besetzt

Tokio, 14. November. (Fig. Drahtbericht.)

In der Mandchurei ist um den Besitz der Brücke über den Nonnifluß, die das Eisenbahnnetz in die Nordmandchurei bildet, eine vergeblichste Schlacht im Gange. Die Japaner eröffneten mit 4000 Mann einen sogenannten Präventivvorstoß, um einem angeblich drohenden chinesischen Angriff zuvorzukommen. Nach einem Luftbombardement versuchte japanische Kavallerie eine Umgehung der chinesischen Planken. Die Chinesen sollen den Angriff angeblich mit Unterstützung einer russischen Brigade abgelehrt und durch einen Gegenstoß den rechten Flügel der Japaner abgeschnitten haben. Artillerie von beiden Seiten und japanische Flugzeuge setzten den Kampf fort.

Tokio, 16. November. (Fig. FunkSpruch.)

Die Japaner haben die Nonnibrücke, um die seit Wochen gekämpft wird, wieder besetzt. Andere japanische Truppenteile befinden sich auf dem Vormarsch auf Tschifilok.

Die Verschärfung der Lage in der Mandchurei hat inzwischen auch die russische Regierung zu einer Stellungnahme zu den Vorgängen veranlaßt. Litwinow hat dem japanischen Botschafter in Moskau gegenüber entschieden bestritten, daß die Sowjetregierung chinesische Generale unterstütze, gleichzeitig aber hat der Außenminister erklärt, daß sich Sibirien durch einen japanischen Vormarsch auf Tschifilok in seinen Interessen gefährdet fühlen würde. Schließlich erinnerte Litwinow den japanischen Botschafter an das Versprechen seiner Regierung, die russischen Interessen in der Mandchurei nicht zu verletzen.

Gegenseitige Anklagen

7. Genf, 14. November. (Fig. Drahtbericht.)

Die Japaner haben dem Völkerbundsekretariat am Sonntag eine Fülle von Notizen überreicht, aus denen Anhalt der Proteste gegen Chinas Darstellung der japanischen Politik in der Mandchurei hervorgeht. Die chinesische Regierung sei selbst Schuld an den Verschärfungen der Lage durch die Fortführung der antijapanischen Agitation und des Fortschritts. Die Ordnungsausschüsse hielten mit Hilfe der japanischen Truppen die

besser die Sicherheit aufrecht als die ausbeutergelassenen chinesischen Behörden. Die Konzentration großer chinesischer Truppenmassen bei Tschifilok und südlich von Angangchi sei „eine direkte Bedrohung des Friedens“.

China teilte ein japanisches Ultimatum zur sofortigen Zurückziehung aller Polizeikräfte auf die herabgelagerte Division von der japanischen Konzeption in Tientsin mit. Andernfalls werde Japan mit Gewalt vorgehen. Die chinesische Regierung erfuhr den Völkerbund dringend um die Bestellung von Offizieren anderer Mächte in Tientsin als neutrale Beobachter.

Japan will nicht nachgeben!

Tokio, 16. November. (Fig. FunkSpruch.)

In offiziellen japanischen Kreisen wird erklärt, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß dem Völkerbund eine Lösung des Konflikts gelingt, wenn er sich nicht für direkte Verhandlungen zwischen China und Japan ausspreche. Man gibt zu verstehen, daß die japanischen Truppen nicht zurückgezogen werden könnten, selbst wenn China jetzt die fünf fundamentalen Bedingungen Japans annehmen würde. Japan sei entschlossen, seine Truppen solange in der Mandchurei zu belassen, bis die normalen Verhältnisse wieder hergestellt sind.

Ein Kaiser der Mandchurei?

Tokio, 15. November. Die Zeitung Nishi meishi, daß der frühere Kaiser von China, Puyi, am Sonntag in Mukden zum Kaiser der Mandchurei proklamiert worden ist.

Puyi lebte in Tientsin unter dem Schutze der Japaner und bezog von Japan eine monatliche Rente im Betrage von 250 Tollar. Nach japanischen Telematikern erscheint es vollkommen klar, daß Puyi unter dem Einfluß der Japaner gehandelt hat, als er Tientsin verließ. Doch in republikanischen chinesischen Kreisen wird die Kronbesteigung des Exkaiser der früheren Mandchurei als gerechtfertigt angesehen, geht schon daraus hervor, daß am 8. November auf den Thronpräsidenten ein Attentat ausgeübt wurde, das den Zweck verfolgte, die jetzige Entwicklung mit Gewalt aufzuhalten.

Handwritten notes and small advertisements on the left margin.